
„Verkehrswende“ in Frankfurt treibt Bürger auf die Barrikaden

Von Bernd Ostmann

Während in Berlin mit dem Wechsel der Regierungskoalition der neue CDU-Bürgermeister Kai Wegner die „Politik gegen das Auto“ beendet hat, will der Magistrat in Frankfurt den im Mai veröffentlichten Masterplan für nachhaltige Mobilität („Verkehrswende“) umsetzen. Dagegen formiert sich jetzt reger Bürgerprotest. Die Initiative „Frankfurt gemeinsam unterwegs“ reagiert aktuell mit einer Plakat-Aktion, eine andere Bürgerinitiative „Vorfahrt Frankfurt“ fordert ein „Verkehrskonzept, das alle Verkehrsteilnehmer frei von Ideologien berücksichtigt“.

Die Bürgerinitiative plädiert dafür, dass erst der „schlecht ausgebaute, ungepflegte und teure“ ÖPNV attraktiver und umweltfreundlicher gemacht werden sollte, bevor man in blindem Aktionismus Straßen verenge und zurückbaue. Die geplante Verkehrswende mit der bewusste Aussperrung des automobilen Individualverkehrs, die Verknappung der Parkflächen und Verteuerung der Parkgebühren, führe letztlich zu einer Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, gut oder böse, sauber oder schmutzig, um Fahrrad gegen Auto.

Frankfurts Mobilitätsdezernent Stefan Majer kontert, es entspräche dem Wunsch der Menschen und beruft sich auf einen „Radentscheid“ mit 40.000 Einwohnern. Für die Frankfurter Bürgerinitiativen eine etwas dünne Argumentation angesichts einer Metropole mit 600.000 Arbeitsplätzen, die täglich 400.000 Pendler aufnimmt. Interessantes Detail am Rande: Einer der Ersteller des Masterplans für nachhaltige Mobilität war die PTV Group aus Karlsruhe, an der die Porsche Automobil Holding zu 40 Prozent beteiligt ist. (aum/bo)

Bilder zum Artikel



Fahrradstraße.

Foto: Autoren-Union Mobilität/Stadt Essen
